

Das Magazin für den  
öffentlichen Dienst

Januar/Februar 2023

# Publ stadt magazin

## C/O Berlin – Publikumsmagnet in der City West



dbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
berlin



*Liebe Leserinnen,  
lieber Leser,*

die Gewaltexzesse in der Silvesternacht haben überdeutlich gezeigt, dass die Angehörigen des öffentlichen Dienstes mehr und mehr zur Zielscheibe von Randalierern, Chaoten und Staatsverweigerern geworden sind. Viel zu lange haben sich die Reaktionen der Politik in Bedauern und Absichtserklärungen erschöpft, ohne dass wirksame Schutzmaßnahmen getroffen worden wären, von einer konsequenten Strafverfolgung ganz zu schweigen.

Jetzt, wo die Staatsverachtung ihr hässliches Gesicht überdeutlich gezeigt hat, ist die Hektik groß – und leider werden auch viele Gegenmaßnahmen auf das nächste hausgemachte Problem stoßen, nämlich das fehlende Personal für ein konsequentes und schnelles Durchgreifen. Denn die Politik hat auch dem jahrelangen Ausbluten des öffentlichen Dienstes tatenlos zugeschaut beziehungsweise mit schlechten Arbeits- und Einkommensbedingungen selbst dazu beigetragen.

Für uns alle wünsche ich mir deshalb im Jahr 2023 endlich eine Politik, die nicht nur ihre Beschäftigten wirksam schützt, sondern lang- und mittelfristige Aspekte stärker in ihr Handeln einbezieht, Gesamtzusammenhänge im Auge behält und nicht willfährig laute Meinungsmacher bedient.

In diesem Sinne wünsche ich allen Leserinnen und Lesern ein gutes Jahr

Ihr

Frank Becker,  
Landesvorsitzender dbb berlin

## Inhalt

<b>Gewalt</b>	
Beschäftigte endlich besser schützen!	4
<b>Bezahlung</b>	
Klare Antworten erwartet	6
Zulage für Tarifkräfte im Rettungsdienst	6
<b>Gespräch</b>	
Meinungsaustausch mit Bettina Jarasch	7
<b>dbb Plakatserie</b>	
Wir für euch!	8
<b>Tarif</b>	
Höhergruppierungen umsetzen!	9
<b>Unfallkasse Berlin</b>	
Schutzschirm für Arbeitnehmer	10
<b>Titelthema</b>	
C/O Berlin	12
<b>Unterhaltung</b>	
Preisrätsel	14
<b>Aus den Mitgliedsgewerkschaften</b>	
gkl-berlin:	
Erster Aufschlag im Rettungsdienst	15
<b>Zum Schluss</b>	
Besucherrekord im Planetarium	16
Gefährliche Hunde	16

### Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

**Redaktion:** Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520.

**Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

**E-Mail:** post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

**Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

**Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

**Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

**Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@

dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen,

**Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea

Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 20,

gültig ab 1.1.2023. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

**Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

**Titelbild:** David von Becker/C/O-Foundation

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Nach den Ausschreitungen in der Silvesternacht

## Beschäftigte endlich besser schützen!

**47 Verletzte bei der Polizei und 15 weitere bei der Berliner Feuerwehr weist die traurige Bilanz der Silvesternacht in Berlin aus. 145 Personen wurde festgenommen und 281 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Der Sachschaden der ungebremsten Gewalt beläuft sich allein bei der Berliner Feuerwehr auf 26.000 Euro.**

Auch wenn niemand mit derartigen Exzessen gerechnet hatte, sollte nicht vergessen werden, dass die wachsende Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sich seit Jahren zuspitzt und die Politik sich trotz aller Warnungen der Gewerkschaften, der Personalräte von Dienststellenleitern und Betroffenen weitgehend auf verbale Absichtserklärungen beschränkt hat.

Erst jetzt, nachdem die Eskalation ein bisher unbekanntes Ausmaß erreicht hat, werden viel zu spät längst überfällige Maßnahmen eingeleitet.

### Senat will verschärftes Wafferecht

So hat sich der Senat am 10. Januar darauf verständigt, die Ausrüstung der Einsatzkräfte mit Bodycams auszuweiten. Außerdem soll bei der Innenministerkonferenz eine Verschärfung des bundesweiten Sprengstoffgesetzes thematisiert werden. Mit einer Gesetzesänderung sollen die Kommunen die Möglichkeit erhalten, Beschränkungen des Silvesterfeuerwerks juristisch umzusetzen.

Auch das Wafferecht will der Senat, was den Erwerb und den Besitz von Schreckschuss- und Signalwaffen angeht, verschärft sehen.

### Konsequente Strafverfolgung

Schließlich sei, so heißt es in einer Verlautbarung der Landesregierung, die Staatsanwaltschaft Berlin mit der konzentrierten Bearbeitung der Ermittlungsverfahren befasst. Erklärtes Ziel: die konsequente Verfolgung der Straftäter.

„Wir fordern schnelle harte Strafen“, hatte auch DPoIG-Landeschef Bodo Pfalzgraf nach den Ausschreitungen in der Silvesternacht erklärt. „Die Strafverfolgung muss konsequent sein und dabei den Strafraumen deutlich ausschöpfen. Wo Kriminalität und Gewalt herrschen, muss der Staat durchgreifen, und die Strafe muss auf dem Fuße folgen, nicht erst ein halbes Jahr später.“

Es sei auch keine neue Erkenntnis, dass Gewaltkriminalität jung und männlich ist, so Bodo Pfalzgraf weiter. Abschreckung durch Strafe sei deshalb eine Möglichkeit, derartige Ausschreitungen zu Silvester 2023 auszuschließen, die sich gegen Polizei und Feuerwehrleute, aber auch gegen Bürgerinnen und Bürger, Anwohnerinnen und Anwohner sowie Touristinnen und Touristen in Berlin richten.



## Bessere Prävention

„Gleichzeitig aber gilt es, präventiv tätig zu werden“, nennt Pfalzgraf ein weiteres wichtiges Handlungsfeld. Bessere Prävention müsse in Brennpunkten – etwa im Zusammenspiel mit Vereinen, Moscheen oder auch mit Familien – stattfinden. Die Entwicklung rund um den 1. Mai habe gezeigt, dass die Berliner Polizei mit ständig verbesserten Konzepten und Vorbeugungsmaßnahmen die jahrelange exzessive Gewalt weitgehend in den Griff bekommen hat. „Ich glaube, dass wir das auch über die Silvesterfeiertage hinbekommen können“, so Pfalzgraf abschließend.

## Mehr Schutz für die Beschäftigten

„Die Politik muss dafür sorgen, dass die Kolleginnen und Kollegen mehr geschützt werden“, fordert dbb Landeschef Frank Becker. „Hierzu gehören weitere Sicherheitsausstattungen für die Beschäftigten, aber auch die konsequente Ermittlung der Täter, die die Kolleginnen und Kollegen bei ihren Einsätzen angreifen und dabei vorsätzlich deren Gesundheit und auch Leben gefährden. Auch Becker plädiert für eine unverzügliche Bestrafung: „Der Staat muss hier deutlich machen, dass derartige Angriffe, die sich auch gegen die Demokratie richten, nicht hingenommen werden.“

Noch deutlicher wurde der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach gegenüber der Rheinischen Post (Ausgabe vom 7. Januar 2023), was die überfällige konsequente Strafverfolgung der Gewalttäter angeht: „Ein Teil der Bevölkerung macht sich einen Spaß daraus, Polizei- und Rettungskräfte tätlich anzugreifen. Von den Beleidigungen spricht ja schon keiner mehr. Da fällt es zunehmend schwerer, Menschen für diese Jobs zu motivieren.“

Silberbach weiter: „Wir brauchen nicht noch mehr Studien und Lagebilder. Das ist hilfloser Aktionismus. Wir brauchen auch keine Gesetzesverschärfung, die geltenden Regelungen müssten nur konsequent angewandt werden.“ An Silvester habe es Hunderte Festnahmen gegeben, und die seien nach Aufnahme ihrer Personalien nach 24 Stunden auf freien Fuß gesetzt worden. „Das versteht doch kein Mensch!“

## Gebot der Fürsorgepflicht

Die Fürsorgepflicht des Landes gegenüber seinen Beschäftigten hob Landesbranddirektor Karsten Homrighausen in einem Statement gegenüber dem hauptstadt magazin hervor: „Die Silvesternacht hat uns mindestens 26.000 Euro gekostet. Das ist der rein materielle Schaden an unseren Fahrzeugen. Aber der Einfluss auf jede einzelne Einsatzkraft, die diese völlig enthemmte Gewalt erleben musste, ist überhaupt nicht zu beziffern. Und das bereitet mir besondere Sorge, da wir alle Kräfte im Einsatzdienst händeringend benötigen!“

Das Land Berlin und insbesondere ich als Landesbranddirektor haben eine Fürsorgepflicht für die Feuerwehrangehörigen. Wir müssen dringend Lösungen dafür finden, wie wir sie noch besser schützen können.“

## Gipfel gegen Jugendgewalt

Einen präventiven Schritt dazu hat die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey am 11. Januar 2023 mit einem Gipfel gegen Jugendgewalt im Roten Rathaus getan. Präventionsangebote und neue Lösungsansätze standen auf der Tagesordnung der Veranstaltung und sollen die derzeit in den Berliner Bezirken jährlich für bauliche und sozio-integrative Projekte zur Verfügung stehenden 28 Millionen Euro und 32 Teams ergänzen. Schließlich haben sich einer Senatspressemeldung zufolge alle Senatsverwaltungen im Rahmen einer ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiative verpflichtet, für die Verbesserung der Lebenssituation in sozial benachteiligten Räumen einzutreten.

Der dbb berlin war beim ersten kurzfristig anberaumten Gipfel noch nicht berücksichtigt worden. Bei künftigen Treffen werde das anders aussehen, so die Zusage der Senatskanzlei auf eine Beschwerde von dbb Landeschef Frank Becker. „Das ist auch nur folgerichtig, denn unsere Kolleginnen und Kollegen sind die Leidtragenden und wir können wichtige Erfahrungen einbringen“, kommentierte Becker die Zusage.

## Öffentlicher Dienst insgesamt betroffen

Angemerkt sei zum Schluss: Auch wenn sich die Angriffe in der Silvesternacht vorwiegend gegen Polizei und Feuerwehr gerichtet haben, die Gewaltproblematik betrifft den gesamten öffentlichen Dienst, insbesondere in den Bereichen mit Publikumsverkehr, macht aber auch vor Schulen, Justiz oder öffentlichem Nahverkehr keinen halt. Das heißt, der gesamte öffentliche Dienst ist in die Überlegungen und Konzepte zum besseren Schutz der Bediensteten und der Gewaltprävention einzubeziehen, will man ähnliche Eskalationen in anderen Bereichen vermeiden. ■

## dbb berlin und DRB erwarten klare Antworten!

Die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten zu den Abgeordnetenhauswahlen am 12. Februar 2023 sollen klar Farbe bekennen, wie sie tatsächlich zur Wertschätzung und damit auch zur Bezahlung im öffentlichen Dienst stehen. dbb berlin und DRB (Deutscher Richterbund – Landesverband Berlin) haben sie deshalb mit den drei folgenden Fragen zur Beamtenbesoldung konfrontiert:

### 1. Besoldung und Inflation

Trotz zweistelliger Inflation hat das Land Berlin die Besoldung und Versorgung zuletzt nur um 2,8 Prozent erhöht, während beispielsweise die BSR und Teile der Privatwirtschaft bis zu 3.000 Euro Inflationsprämie zahlen. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um unverzüglich eine verfassungsmäßige Besoldung zu sichern?

### 2. Ausstehende Besoldungsreparatur

Gegen die Besoldungshöhe des letzten Jahrzehnts sind Tausende Widersprüche erhoben worden und zahlreiche Klagen anhängig. Trotz klarer Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts ab der untersten Besoldungsstufe, hat Berlin bislang aber nur versucht, die Richterbesoldung – und dies auch nur für einige Jahre – so umzugestalten, das wenigstens nach Ansicht des Landes die Be-

soldung nicht mehr verfassungswidrig ist. Inwiefern werden Sie sich dafür einsetzen, dass endlich eine angemessene „Besoldungsreparatur“ ohne aufwendige Klageverfahren in allen Bereichen stattfinden wird?

### 3. Personalgewinnung

In den letzten Jahren hat das Land Berlin den notwendigen Abstand zur Sozialhilfe nur halten können, indem es die untersten Besoldungsstufen gestrichen und Zuschläge gezahlt hat. Dadurch ist der Besoldungsabstand von einfachen und höherwertigen Tätigkeiten immer kleiner geworden. Was wollen Sie tun, damit das Land zukünftig noch qualifiziertes Personal finden kann?

Die eingehenden Antworten werden umgehend auf der Homepage des dbb berlin [www.dbb.berlin](http://www.dbb.berlin) veröffentlicht. ■

## Zulage auch für Tarifbeschäftigte im Rettungsdienst

Auch die 110 Tarifbeschäftigten im Rettungsdienst der Berliner Feuerwehr erhalten künftig eine Zulage. Sie beläuft sich im Jahresdurchschnitt auf bis zu 450 Euro monatlich und gilt rückwirkend ab 1. Dezember 2022. Die Regelung ist bis zum 31. Dezember 2025 befristet.

Eine vergleichbare Zulage für die beamteten Einsatzkräfte im Rettungsdienst gibt es bereits seit 1. Dezember 2022. Danach wird für jede berichtspflichtige Alarmierung ein Betrag von 5 Euro gewährt, um die besonderen Belastungen aufgrund stetig steigender Einsatzzahlen abzugelten.

Eine Gleichbehandlung der Tarifbeschäftigten im Rettungsdienst ist erst nach Zustimmung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) möglich geworden, die Mitte Januar im zweiten Anlauf erreicht wurde. Die Höhe der Pauschale für die Tarifkräfte entspricht nach Berechnungen der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport dem Betrag, den beamtete Dienstkräfte durchschnittlich erzielen. Dazu dbb Landeschef Frank Becker: „Ich freue mich, dass die Gleichbehandlung der Tarifkräfte ohne neuerlichen Konflikt mit der TdL gelungen ist.“ ■

# Berlin als attraktiven Arbeitgeber stärken!

**Berlin steht vor der großen Herausforderung, in den kommenden Jahren Personal zu gewinnen und sich als attraktiver Arbeitgeber zu positionieren. Darüber waren sich die Spitzenkandidatin der Berliner Grünen, Bettina Jarasch, und dbb Landeschef Frank Becker bei einem Meinungsaustausch am 29. Dezember 2022 einig.**

Diskutiert wurde bei dem Gespräch, an dem für Bündnis 90/Die Grünen auch Staatssekretärin Jana Borkamp und der stellvertretende Landesvorsitzende Thomas Goiny für den dbb berlin teilnahmen, alle Maßnahmen von „A“ wie Ausbildungsübernahme (Probezeit) bis „Z“ wie Zulagen, um die personelle Situation zu entschärfen. Klares Ziel müsse es sein, waren sich die Gesprächspartner einig, mit attraktiven Veränderungen das vorhandene Personal zu binden und ausreichenden Nachwuchs sicherzustellen.

## Attraktivitätshindernisse abbauen!

Attraktivitätshindernisse gelte es konsequent zu beseitigen. Der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Thomas Goiny plädierte in diesem Zusammenhang unter anderem für eine Verkürzung von Erfahrungszeiten bei den Auszubildenden und für Perspektiven in allen Berufen im öffentlichen Dienst. Einig war sich die Gesprächsrunde darüber, dass der Verbleib in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) gesichert werden muss. Noch in dieser Legislatur sollte darüber hinaus eine Modernisierung des Dienstrechts angegangen werden, ohne dass es damit zu Diskrepanzen zwischen Angestellten und Beamten kommt.

## Zusätzliche Ressourcen erforderlich

Übereinstimmung herrschte auch darüber, dass die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung mit ihren veränderten Anforderungen an das Personal phasenweise zusätzliche Ressourcen erforderlich macht. Diskutiert wurden in diesem Zusammenhang auch die Voraussetzungen für eine Verstärkung von Homeoffice.

Generell wurde Führung von den Gesprächsteilnehmern als wichtiger Baustein für eine gute Personalpolitik ausgemacht. Führungskräfte müssten deshalb verstärkt durch qualitative Fortbildungen in die Lage versetzt werden, ihren Führungsaufgaben gerecht zu werden. Schließlich boten auch die teilweise

unzulängliche Fehlerkultur im öffentlichen Dienst und die lückenhafte Wahrnehmung der Personalverantwortung durch die politischen Leitungen wichtigen Gesprächsstoff.

## Beschäftigte sind wichtigste Ressource

Auch wenn bei dem Meinungsaustausch nicht immer Einigkeit über die einzuschlagenden Wege herrschte, war man sich in dem Ziel einig, das Land Berlin als einen guten und attraktiven Arbeitgeber zu stärken. Schon allein, weil die Beschäftigten der Berliner Verwaltung als wichtigste Ressource die Stadt am Laufen hält. Abschließend wurde einvernehmlich verabredet, den konstruktiven Austausch fortzusetzen – und das nicht zuletzt, um Missverständnisse und Fehlinformationen zu vermeiden.

## Scharfe Auseinandersetzung im Vorfeld

Denn nur wenige Wochen vor dem Gespräch war es zu einer scharfen Auseinandersetzung mit der Grünen-Spitzenkandidatin gekommen, nachdem diese der „BZ“ zufolge verkündet hatte, die Verwaltung auf Trab bringen und bürgerfreundlicher machen zu wollen. Sie vermisse offenkundig bei vielen Mitarbeitern in den 800 Berliner Behörden ausreichend Motivation, hieß es in der Tageszeitung. Eine bessere Bezahlung, damit gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht zu Bundesbehörden wechseln, hatte sie dagegen nicht zusagen wollen.

dbb Landeschef Becker hatte diese Äußerungen, die nach späteren Angaben von Jarasch aus dem Zusammenhang gerissen worden seien, ziemlich erbost als populistisches Geschwätz abgetan, bei dem Ursache und Wirkung auf den Kopf gestellt würden. Becker hatte seinerseits der Politik vorgeworfen, ihre Schulaufgaben, insbesondere in Sachen Personalentwicklung und Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, seit Jahrzehnten sträflich vernachlässigt zu haben. ■

© Monstera/Pexels

## dbb Plakatserie „Wir für euch“

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind für alle da! Das ist die Botschaft einer vom dbb bund aufgelegten Plakatserie. Vorgestellt werden auf den Plakaten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Bereichen der Verwaltung und Daseinsvorsorge, die rund um die Uhr dafür sorgen, dass Deutschland funktioniert.

Alle abgebildeten Personen – Polizistin, Lehrerin, Erzieher, Lokführer, Paketzusteller, Finanzbeamtin und viele mehr – sind „dbb Originale“, also Mitglieder in einer der dbb Fachgewerkschaften. Das hauptstadt magazin wird die Plakate nach und nach vorstellen. Den Auftakt machen in dieser Ausgabe eine Polizistin und eine Feuerwehrfrau.



© dbb (2)



Endlich Klarheit in Sachen „Arbeitsvorgang“

## dbb berlin: Höhergruppierungen sofort umsetzen!

Endlich herrscht Klarheit im Streit um die Eingruppierung im öffentlichen Dienst der Länder. Dafür hat die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 21. Dezember 2022 gesorgt, Verfassungsbeschwerden der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und des Landes Berlin nicht anzunehmen (AZ.: 1 BvR 382/21).

Der dbb berlin erwartet jetzt, dass die durch den Rechtsstreit blockierten Höhergruppierungen in die Entgeltgruppe 9a TV-L in den Serviceeinheiten bei Gerichten und Staatsanwaltschaften in Berlin unverzüglich umgesetzt werden.

Konkret hatten die TdL und das Land Berlin gegen Urteile des Bundesarbeitsgerichts vom 9. September 2020 (AZ.: 4 AZR 195/20 und 4 AZR 196/20) geklagt, in denen das Gericht die Eingruppierung von Beschäftigten in einer Serviceeinheit bei Gerichten und Staatsanwaltschaften in die Entgeltgruppe 9 beziehungsweise 9a der Entgeltordnung zum TV-L bestätigt hatte – vorausgesetzt, der Arbeitsvorgang umfasst in mindestens 50 Prozent der regelmäßigen Arbeitszeit „schwierige Tätigkeiten“. Auf den zeitlichen Anteil der „schwierigen Tätigkeiten“ selbst komme es dabei nicht an, solange diese in rechtserheblichem Umfang anfallen.



Der Klage von TdL und dem Land Berlin gegen diese Urteile zielte darauf ab, über einen Neuzuschnitt des Arbeitsvorgangs die Eingruppierung zu verschlechtern. Umso wichtiger, dass dieser Vorstoß bei Gericht keine Chance hatte: Denn „insgesamt unzulässig“, beschieden die Richter die Beschwerde der TdL, weil sie nicht Partei des ursprünglichen fachgerichtlichen Verfahrens gewesen ist. Das heißt, um überhaupt beschwerdebefugt zu sein, hätte sie zunächst den Inhalt der tarifvertraglichen Regelung zur Eingruppierung fachgerichtlich klären lassen müssen.

Im Ergebnis die gleiche Schlappe musste das Land Berlin hinnehmen, „nicht beschwerdeberechtigt“ befand auch hier das Gericht, denn das Land kann sich weder auf die Tarifautonomie noch auf andere in Betracht kommende Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte berufen. ■

## Unfallkasse Berlin

# Wichtiger Schutzschirm für Arbeitnehmer

Sie ist die vierte Säule der gesetzlichen Sozialversicherung und sehr zu Unrecht weniger präsent als Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung: Gemeint ist die gesetzliche Unfallversicherung. Während die Beschäftigten der freien Wirtschaft über Berufsgenossenschaften abgesichert sind, haben die Angestellten des öffentlichen Dienstes diesen Schutz über die Unfallkassen – die Beschäftigten des Landes Berlin über die Unfallkasse Berlin. Wie wichtig dieser oft unbekannteste Schutz während der Arbeit und auf den Arbeitswegen für die Arbeitnehmer ist, erfuhr das hauptstadt magazin vom Direktor der Unfallkasse Berlin, Michael Laßok.

Das heißt, inzwischen sind nicht nur Arbeitnehmer gesetzlich unfallversichert, sondern seit 1971 sind auch Schüler und Studenten in die vor fast 150 Jahren zur Erhaltung des sozialen Friedens eingeführte Absicherung eingeschlossen. Später wurde der Schutz auch auf Kitakinder ausgeweitet.

Unzählige Rechtsstreitigkeiten sind seitdem verhindert worden, wobei zur Zeit der Industrialisierung im ausgehenden 19. Jahrhundert wohl kaum ein Arbeitnehmer in der Lage gewesen sein dürfte, seinen Arbeitgeber wegen mangelnder Sorgfaltspflicht gerichtlich zu belangen.

### Starke Leistungen

Die Leistungen der Unfallkasse sind im Schadensfall mehr als beachtlich: Sämtliche Maßnahmen, die zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit notwendig sind, werden finanziert, damit Verletzte so schnell wie möglich wieder in den Beruf kommen. Auch



Michael Laßok

die finanzielle Absicherung der Betroffenen kann sich sehen lassen. Während der Genesungsphase wird ein das Krankengeld der GKV übersteigendes Verletztengeld gewährt. Und sollte ein Dauerschaden eingetreten sein, werden die Betroffenen ab einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 20 Prozent mit einer Rente entschädigt.

„Selbst eine Kostenübernahme für bauliche Maßnahmen ist möglich, wenn durch einen Arbeitsunfall bedingte Behinderungen das erfordern“, informiert Michael Laßok.

Die Unfallkasse finanziert sich im Gegensatz zu den übrigen Sozialversicherungsträgern nicht paritätisch, sondern die Beiträge werden ausschließlich von den Arbeitgebern gezahlt. Gut möglich, dass sie deshalb bei den Versicherten, die nicht allmonatlich durch Beitragszahlungen auf dem Gehaltszettel an diesen Versicherungsschutz erinnert werden, weniger präsent ist, als sie sein sollte.



Historisches Plakat

## Prävention wird großgeschrieben

„Wir sind nicht nur für den Leistungsfall da, sondern wollen, dass die Unfälle gar nicht erst passieren. Unser Bereich Prävention unterstützt die versicherten Betriebe und Einrichtungen dabei, Unfälle und Berufskrankheiten zu verhindern. Neben den Leitungsebenen der Häuser arbeitet die Unfallkasse dabei auch mit den Personalvertretungen zusammen“, erläutert Michael Laßok.

Auch gegen Informationsdefizite ziehen Laßok und sein Team energisch zu Felde. „Wir wollen helfen!“, bringt der Direktor die Motivation der Unfallkasse auf den Punkt. Dabei unterstützt besonders die Stabstelle Kommunikation, um alle Leistungsberechtigten über ihre Rechte zu informieren.

So sind beispielsweise auch pflegende Angehörige unter bestimmten Voraussetzungen in den Unfallschutz einbezogen. Entsprechend hält die Unfallkasse auch Ratgeber für Menschen bereit, die in der häuslichen Umgebung jemanden pflegen (siehe Kasten).

## Hilfe bei körperlichen und psychischen Verletzungen

Auch Ersthelfende stehen bei Unfällen unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Eine

große Rolle hat das beispielsweise bei dem Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz im Dezember 2016 gespielt. Neben den vielen Opfern sind damals auch zahlreiche Ersthelfende zu Schaden gekommen – körperlich und psychisch. Sie bezogen und beziehen Leistungen der Unfallkasse infolge des Anschlags. Das tragische Ereignis wurde zum Anlass genommen, eine Infokarte für Ersthelfende zu entwickeln. Die sogenannte „Ersthelferkarte“ wird von der Feuerwehr, Polizei und Notfallseelsorge jetzt direkt im Bedarfsfall am Unfallort an Betroffene ausgegeben.

Auch beim Terroranschlag in Nizza 2016 ist die Berliner Unfallkasse sofort tätig geworden. Denn zehn Berliner Schulklassen waren vor Ort. Allen Betroffenen wurde umgehend Hilfe angeboten.

Gesetzlich Unfallversicherte wissen oft nicht, dass sie gegen Wegeunfälle sowohl auf dem Hinweg zur Arbeit beziehungsweise zu ihrer Schule oder Universität als auch auf dem Rückweg nach Hause geschützt sind. Aber Vorsicht! Hier steckt der Teufel im Detail: Umwege sind beispielsweise nicht erlaubt – auch nicht für den kurzen Einkauf nach Feierabend.

## Große Unfallhäufigkeit an Schulen

Die meisten Unfälle werden aus den Berliner Schulen gemeldet. Das sind in den seltensten Fällen schwere Verletzungen. Aber auch mit einer Schürfwunde oder einem umgeknickten Finger wird der Arzt aufgesucht und die Unfallkasse kommt ins Spiel. Die Unfallkasse Berlin versorgt die Schulen deshalb zuverlässig mit den für sie relevanten Informationen.

Gestemmt wird das umfangreiche Leistungspaket der Unfallkasse, die immerhin für insgesamt über 1,4 Millionen Versicherte in Berlin zuständig ist, von nur 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Allein im Jahr 2021 wurden über 50.000 gemeldete Unfälle bearbeitet und gegebenenfalls Regressansprüche gegen Dritte angemeldet und durchgesetzt.

### Mehr Informationen:

<https://www.unfallkasse-berlin.de>

## Sie pflegen einen pflegebedürftigen Menschen?

Hier finden Sie Tipps, wie Sie Ihre Gesundheit erhalten, und Informationen rund um den Versicherungsschutz: [www.unfallkasse-berlin.de/pflegende-angehoerige](https://www.unfallkasse-berlin.de/pflegende-angehoerige).

Dort können Sie sich auch zu dem digitalen Magazin „Pflege daheim“ anmelden.

## Stephan Erfurt und das C/O Berlin

# Eine Erfolgsgeschichte mit Hindernissen

C/O Berlin zählt heute zu den weit über die Grenzen der Hauptstadt hinaus bekannten Ausstellungshäusern für Fotografie und visuelle Medien. In wechselnden Ausstellungen präsentiert C/O Berlin Werke renommierter Fotografen und Fotografinnen aus aller Welt und fördert Nachwuchstalente im jährlichen C/O Berlin Talent Award. Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen werden darüber hinaus in mehrtägigen Workshops visuelle Bildung und Kunstverständnis vermittelt. Der Weg zum Publikumsmagneten in der City West ist für das C/O Berlin allerdings alles andere als gradlinig gewesen. Neben der unerschütterlichen Entschlossenheit von Gründer Stephan Erfurt bedurfte es einiger kleiner Wunder bis zum gegenwärtigen Erfolg.

„Eigentlich begann alles damit, dass das FAZ Magazin im Jahre 1999 aufgegeben wurde, für das ich 15 Jahre lang als Fotograf die ganze Welt bereist hatte“, erinnert sich Erfurt, der heute Vorstandsvorsitzender der Stiftung C/O Berlin ist, im Gespräch mit dem hauptstadt magazin. Nach dem Wegfall dieser Aufgabe, die gleichbedeutend mit seiner Kündigung war, entschloss sich Erfurt, nicht nur endlich sesshaft zu werden, sondern auch seinen reichen Erfahrungsschatz weiterzugeben und Nachwuchstalente in einem kleinen, aber feinen Ausstellungsraum die Tür zu einem breiteren Publikum zu öffnen. Gedacht war dabei an ein eher „hobbymäßiges“ ehrenamtliches Engagement.

### Klare Entscheidung für Berlin

Als Standort war nach dem Besuch mehrerer deutscher Städte schnell Berlin auserkoren worden, dessen Flair, Weltoffenheit und Anziehungskraft für Kreative und Künstler am meisten Resonanz für ein derartiges Projekt versprach. Auch geeignete Räumlichkeiten wurden im 1999 leer stehenden Postfuhramt in der Oranienburger Straße gefunden und mit der Unterstützung von Freunden und Gründungspartnern Ingo Pott, Architekt, und Marc Naroska, Designer, professionell gestaltet, sodass der Ausstellungsbetrieb noch im selben Jahr anlaufen konnte – leider aber nicht von langer Dauer: Für die alte, aber sehr repräsentative Immobilie in der Oranienburger Straße wurde nämlich ein Käufer gesucht und sämtliche Mieter mussten ausziehen.

### Einmal Postfuhramt und zurück

C/O Berlin fand eine neue Bleibe in der nahe gelegenen Linienstraße und dümpelte dort, was die Besu-



Stephan Erfurt

cherzahlen anging, in den folgenden Jahren mehr oder weniger vor sich hin, bis 2006 eine Hommage an die Band „U2“ und ein Besuch der Musiker einen wahren Ansturm auf das kleine Ausstellungshaus auslöste. Dieser höchst erfreulich Erfolg sollte sich aber sehr schnell für Erfurt und seine Freunde ins Gegenteil verkehren, denn die Bezirksverwaltung schritt nach dem „Großereignis“ wohl aufgrund nachbarlicher Beschwerden energisch ein und untersagte kurzerhand die Nutzung des Gebäudes für weitere Ausstellungszwecke.

Manch einer hätte wohl zu diesem Zeitpunkt entnervt das Handtuch geworfen, nicht aber Stephan Erfurt, der noch im selben Jahr eine neuerliche Nutzung des Postfuhramts klarmachte, das mittlerweile von Investoren aus Israel erworben worden war. Doch trotz der gelungenen Rückkehr in das ursprüngliche Domizil schien das Schicksal C/O Berlin kein allzu langes Dasein mehr bescheren zu wollen. Denn in der weltweiten Bankenkrise, die der Pleite von Lehman Brothers am 15. September 2008 in New York folgte, hatte auch der Kreditgeber von Erfurts Projekt kalte Füße bekommen und verlangte die durch Umzüge und Umbauten beträchtlich angeschwollene Kreditsumme auf eine Schlag zurück. Nur mithilfe von Bekannten, die zu langfristigen, zinslosen Darlehen bereit waren, konnten sich C/O Berlin und sein Gründer noch über Wasser halten. Niemand wusste allerdings, wie lange noch.

### Durchbruch in der Krise

„Aber ausgerechnet mitten in der Bankenkrise und der dadurch ausgelösten Rezession sollte C/O Berlin dann doch der wirtschaftliche Durchbruch gelingen“, beschreibt Erfurt einen wichtigen Wendepunkt. Aus-

Ausstellungsansicht



© Eggleston Artistic Trust and David Zwirner

C/O Berlin: William Eggleston,  
Untitled, c. 1970–1973

die gerade erreichte gesunde Finanzlage wieder auf den Kopf stellte. Zusätzlich waren Einnahmeausfälle zu verkraften, weil von März 2013 bis Ende Oktober 2014 infolge des Umbaus und des Umzugs keine Ausstellungen stattfinden konnten.

## „Museumsinsel“ der stillen und bewegten Bilder

Nur mithilfe der Spendenbereitschaft der Lottostiftung und vieler privater Geldgeber gelang es, diese enorme Summe zu schultern und C/O Berlin nach 13-jähriger Odyssee einen besonders zukunftsträchtigen Standort zu sichern. „Hier in der City West ist eine ‚Museumsinsel‘ für stille und bewegte Bilder entstanden“, unterstreicht Stephan Erfurt auch unter Hinweis auf das nahe Museum für Fotografie und die Helmut Newton Stiftung. Bundesweit und auch international findet dieses fotografische Zentrum großen Zuspruch und ist aus dem kulturellen Angebot der Hauptstadt nicht mehr wegzudenken. „Mit seinen neun Ausstellungen und 180.000 Zuschauern im Jahr steigert allein C/O Berlin die Wirtschaftskraft Berlins um 14,5 Millionen Euro“, führt Stephan Erfurt die wirtschaftliche Bedeutung der Stiftung vor Augen. Gefördert wird die Stiftung vom Land mit 500.000 Euro im Jahr. Das Doppelte sollte es aber bis zum 25. Geburtstag von C/O Berlin am 14. Juli 2025 sein, damit die Stiftung auch ohne ihre Gallionsfigur Stephan Erfurt zukunftsfähig bleibt, denn viele Spenden haben nach wie vor sehr persönlichen Bezug.

Wer so viele existenzgefährdende Risiken und Unwägbarkeiten auf sich nimmt, und einen zunächst eher „hobbymäßig“ betriebenen kleinen Ausstellungsraum in ein renommiertes Ausstellungszentrum umwandelt und für die Zukunft sichert, muss tiefstehende Beweggründe haben.

„C/O Berlin ist ein Ort der visuellen Bildung. Gerade in Anbetracht immer komplexer werdender Bildkulturen und ihrer digitalen Erweiterungen ist es wichtig, eine Lese- und Deutungskompetenz zu fördern und das Sehen zu schulen“, nennt er ein entscheidendes Motiv.

## Neue Ausstellung

Am 27. Januar 2023 feiert C/O Berlin die Eröffnung der Retrospektive William Eggleston. *Mystery of the Ordinary* des weltberühmten Pioniers der Farbfotografie, der die Schönheit und das Geheimnisvolle im Alltäglichen erkannte und maßgeblich zur Etablierung der Fotografie als Kunstform beitrug. Neben berühmten Serien wie *Los Alamos* präsentiert die Retrospektive auch noch nie gezeigte Werke, darunter Bilder aus der Serie *The Outlands* und Aufnahmen, die zwischen 1981 und 1988 in Berlin entstanden sind. Die Ausstellung läuft vom 28. Januar bis 4. Mai 2023.

© C/O Berlin-Foundation/David von Becker (2)

löser war, dass ein passender Ausstellungsort für die weltberühmte Fotografin Annie Leibovitz in Berlin gesucht wurde und der Senat nicht etwa den Hamburger Bahnhof oder den Gropius-Bau empfahl, sondern das Postfuhramt in der Oranienburger Straße. „Das ist ein Coup für das private Ausstellungshaus C/O Berlin“, schrieb damals der Tagesspiegel zu Recht, und tatsächlich bedeutete dieses Großereignis mit etwa 130.000 Besuchern endlich eine Möglichkeit der Entschuldung. Eine Peter-Lindbergh-Ausstellung mit 90.000 Besuchern im folgenden Jahr sorgte für zusätzliches internationales Renommee und schien die Finanzen des privaten Ausstellungshauses endgültig auf gesunde Füße gestellt zu haben. Darlehen an private Kreditgeber und Banken konnten abbezahlt werden, und mit einer Umwandlung der Rechtsform des Unternehmens in eine gemeinnützige Stiftung schien die Zukunft von C/O Berlin langfristig sichergestellt zu sein.

## Finanzielles Wagnis

Als wahrer Segen sollte sich die neue Rechtsform sehr bald herausstellen, denn wieder stand das alte Postfuhramt zum Verkauf mit den bekannten negativen Konsequenzen für die Mieter. Über 100 Objekte hatten Erfurt und seine Mitstreiter bereits gesichtet, bevor sie schließlich am 12. Dezember 2012 einen Mietvertrag mit der BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH, dem Immobiliendienstleister für das Land Berlin, über Räumlichkeiten im damals leer stehenden denkmalgeschützten Amerika-Haus gegenüber dem Bahnhof Zoo unterzeichneten. Möglich war dies ohne eine Ausschreibung durch die BIM nur aufgrund der neuen gemeinnützigen Rechtsform.

Allerdings hatte der neuerliche Umzug auch einen gewaltigen Pferdefuß: Jährliche Mietzahlungen im sechsstelligen Bereich und Innenausbaukosten von 2,2 Millionen Euro waren ein finanzielles Wagnis, das

### C/O = care of

Die postalische Zustellanweisung C/O wurde in den Anfängen des Ausstellungshauses im ehemaligen Postfuhramt in der Oranienburger Straße als Name gewählt und als bewährte Marke beibehalten.



## gkl berlin: nur ein erster Aufschlag

**Die gkl berlin hat die vom Senat beschlossene Stärkung der Stellung des Landesbranddirektors im Rettungsdienstgesetz als ersten Schritt in die richtige Richtung begrüßt. Gelöst seien die Überlastungsprobleme der Feuerwehr mit dieser längst überfälligen Änderung aber noch lange nicht.**

„Die Kollegen der Berliner Feuerwehr arbeiten seit Jahren am Limit. Insbesondere im Bereich Rettungsdienst sind wir schon weit über das Limit hinaus“, heißt es dazu in einer gkl Stellungnahme.

Auch ins Thema Fahrzeugbesetzung sei jetzt Bewegung gekommen. Ob damit allerdings schon eine wirksame Entlastung erreicht wird, dürfte erst die konkrete Ausgestaltung zeigen. Weitere Maßnahmen müssten aber auf jeden Fall folgen, wenn die Besetzungsrichtlinie die überarbeiteten Kolleginnen und Kollegen der Berliner Feuerwehr nicht weiter ohne Pausenregelung und Bereitschaftsanteile weiter in die Überlast treiben soll.

„Insofern wurde ein erster Aufschlag gemacht, jetzt gilt es aber am Ball zu bleiben!“, ließ die gkl berlin abschließend verlauten.

Der Berliner Senat hatte dem Abgeordnetenhaus am 15. Dezember den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Rettungsdienstgesetzes zur Beschlussfassung vorgelegt.

Danach müssen Einsatzfahrzeuge nicht mehr ausschließlich mit Notfallsanitätern besetzt sein. Für eine Übergangsfrist von drei Jahren sollen auch Rettungsassistentinnen und Rettungsassistenten in der Notfallrettung eingesetzt werden können. Ferner soll die Rolle des Landesbranddirektors in seiner Gesamtverantwortung durch die Gesetzesänderung gestärkt werden.

Mit der abschließenden Beratung und Beschlussfassung wird kurzfristig gerechnet.“





## Stiftung Planetarium Berlin verzeichnet Besucherrekord

Trotz Coronarestriktionen in der ersten Jahreshälfte hat die Stiftung Planetarium Berlin 2022 mit insgesamt 411.335 Gästen einen Besucherrekord aufgestellt.

Im Zeiss-Großplanetarium wurde mit 288.054 Gästen sogar die höchste Besucherzahl seit der Eröffnung verzeichnet. Das sind fast 30.000 mehr als im bisherigen Rekordjahr 2019. Auch die Archenhold-Sternwarte registrierte mit 30.886 wachsendes Interesse. Lediglich das Planetarium am Insulaner und die benachbarte Wilhelm-Foerster-Sternwarte verzeichneten, unter anderem wegen pandemiebedingt abgesagter Kita- und Schulausflügen, leichte Rückgänge. Geplant ist, die Attraktivität des 1965 gebauten Planetariums am Insulaner ab Sommer

2023 durch Sanierung und Ausbau zum Bildungszentrum zu erweitern.

Sehr zufrieden mit der Resonanz auf die Angebote der Stiftung Planetarium Berlin äußerte sich Vorstand Tim Florian Horn: „Es freut mich sehr, dass wir mit unseren breit gefächerten Programmen immer mehr Menschen erreichen und mit ihnen unsere kosmische Sicht teilen können.“ Das hauptstadt magazin hatte in seiner Dezember-Ausgabe 2021 ausführlichen über das Zeiss-Großplanetarium mit seinen „himmlischen Entdeckungsreisen“ berichtet. ■

## Als gefährlich eingestuft ...

... werden verschiedene Hunderassen im Berliner Hundegesetz. Zur Gefahrenabwehr gelten erhöhte Anforderungen an die Haltung der betroffenen Tiere. Das Verwaltungsgericht Berlin hat in einem Urteil vom 10. November 2022 – VG 37 K 517/20 – klargestellt, dass von dieser Einstufung auch Hunde betroffen sind, die wesentliche Merkmale einer als gefährlich eingestuften Hunderasse aufweisen.

Konkret ging es in dem Verfahren darum, ob auch für die Haltung eines „American Bully“, obwohl im Gesetz nicht aufgelistet, erhöhte Anforderungen gelten. Unter Hinweis auf ein Sachverständigengutachten entschieden die Richter, dass der American Bully zumindest wesentliche Merkmale eines American Staffordshire Terriers aufweise, der wiederum als gefährliche Hunderasse gilt. ■



© SPB\_NatalieToczek